

Höxter ruft den Klimanotstand aus

Bürgerantrag: Jusos setzen ihren Antrag mit klarer Mehrheit durch. Streit um Begrifflichkeiten

Von Hermann Ludwig

■ **Höxter.** Mit der Mehrheit von 20 Befürwortern bei 13 Gegenstimmen hat der Rat der Stadt Höxter auf Antrag der Jungsozialisten jetzt den Klimanotstand ausgerufen. Juso-Sprecher Liborius Schmidt begründete den Antrag in einer Sitzungsunterbrechung damit, dass es später sei als kurz vor zwölf in Sachen Klimaschutz.

„Wir leben über unsere Verhältnisse“, meinte Schmidt mit Blick auf den CO₂-Fußabdruck einen jeden einzelnen, sich selbst einbezogen. Schmidt wies darauf hin, dass junge Demonstrierende auf die Straße gehen, um mehr Klimaschutz von der Politik einzufordern. Bisweilen werde dies von der Politik belächelt, das müsse sich ändern.

Um den Klimaschutz in Höxter stärker in den Fokus zu rücken, könne das schon vorhandene Klimaschutzkonzept als Grundlage dienen. „Aus dieser Entscheidung leitet sich ab, dass künftige politische Entscheidungen und Projekte des Rates oder anderer Gremien immer mit Risiken für die Umwelt abgewogen werden. Des Weiteren muss geprüft werden, ob die Stadt klimaneutraler bauen kann und Gebäudesanierungen durchgeführt werden müssen“, so Schmidt.

Stefan Berens, Fraktionschef der CDU, konnte sich mit den Grundlagen des Bürgerantrags anfreunden, wie einige seine Fraktionskollegen störte er sich an den Begriff Klimanotstand. „Die Intention ist unstrittig“, betonte Berens, eine gewisse Dringlichkeit wollte er nicht ausschließen. In jedem Fall räumte Berens ein, dass man seit Entwicklung des Klimaschutzgesetzes zu wenig getan habe, um die Ziele umzusetzen. In jedem Fall dankte er dem Antragsteller für den Gedankenanstoß. Berens stimmte später wie einige seiner Fraktionskollegen gegen den Antrag, regte aber an, eine kritische Analyse der Ist-Situation in Sachen Klimaschutz anzustreben. „Wir haben keinen Erkenntnisverlust, wir haben ein Umsetzungsproblem“, so Berens.

Werner Böhler, Fraktionsvorsitzender der SPD, unterstützte den Bürgerantrag. Es hätten schon einige Städte bundesweit den Klimanotstand

ausgerufen, um das Problem in den Vordergrund zu rücken. In der „Keimzelle der Kommune“ sei der Klimaschutz bestens angesiedelt, es gebe genügend Ansätze, wirksame Entscheidungen für den Klimaschutz zu treffen.

Ludger Roters von den Bündnisgrünen sah eine günstige Zeit für den Klimaschutz, die Bewegung „Fridays for future“ habe den Weg geebnet. In jedem Fall sei ein Klimaschutzmanager vonnöten. Seine Fraktionskollege Berno Schlanstedt erinnerte daran, dass es die CDU war, die sich für den Wegfall dieser Stelle stark gemacht habe. Die habe aber mit den Maßnahmen im Zuge der Haushaltssicherung zu tun gehabt, relativierte Berens.

Martin Hillebrand (FDP) unterstützte den Antrag der Jusos: Es sei richtig, plakativ den Klimanotstand auszurufen. In die gleiche Richtung ging der BfH-Fraktionsvorsitzende Ralf Dohmann, der auf die vielfältigen Inhalte des Klimaschutzkonzeptes hinwies. Dazu gehöre beispielsweise auch das Radverkehrskonzept. Hermann Loges sah Positives in dem reißerischen Wort Klimanotstand: „Damit wird das Klimaschutzkonzept zum Leben erweckt.“

Dass die Stadt in der Vergangenheit in Sachen Klimaschutz nicht untätig gewesen sei, resümierte Baudezernentin Claudia Koch. Insbesondere bei Baumaßnahmen habe man stets auf Energieeffizienz geachtet. Derzeit bemühe sie sich auch, Fördermittel für das Klimaschutzmanagement zu bekommen.

Andere

◆ Münster, Herford, Bochum, Aachen und andere sind bereits Klimanotstandskommunen.

◆ Nach einer Vorlage im Rat haben Bergkamen, Bielefeld, Remscheid und Geilenkirchen es abgelehnt, Klimanotstandskommune zu werden. Vielen Gegnern geht der Begriff „Notstand“ zu weit.

◆ Beverungen berät in der kommenden Woche über das Thema.

(man)